

Haushaltsrede zum Haushalt 2022 Eifelkreis Bitburg-Prüm

Sehr geehrte Damen und Herren,

zuerst möchte ich mich bei den Mitarbeitern der Abteilung 15 Finanzen unter der Leitung von Herrn Olinger und insbesondere bei Herrn Eppers bedanken. Er hat unserer Fraktion geduldig die Zusammenhänge des doch sehr komplexen Haushaltplans nähergebracht.

Die jährliche, zwischenzeitlich zweijährliche Präsentation des geplanten Haushalts ist wie ein Überraschungsei. Man weiß vorher nie, was drin ist. Im Unterschied zu einem Überraschungsei war der Inhalt diesmal nicht süßlich, sondern säuerlich. Nach zwei Verlustjahren in 2020 und 2021 steigen die geplanten Verluste nochmals auf 20,3 Mio. Euro in 2022 und sogar 28 Mio. Euro in 2023.

Wo fallen die Verluste an und was sind die Verlusttreiber? Und was ist zu tun?

Zunächst die gute Nachricht: Das Problem sind nicht die freiwilligen Leistungen wie etwa der Breitbandausbau, die Digitalisierung und die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes, die ohnehin nur etwa 6,5 % am Gesamtaufwand von 220 Mio. Euro in 2022 bzw. 223 Mio. Euro in 2023 ausmachen und in der Regel gefördert werden; das Klimaschutzkonzept z. B. zu 100 %. Hier wäre es im Übrigen interessant zu erfahren, wo der Eifelkreis im Vergleich zu anderen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz steht.

Die rasante Verschuldung entsteht vielmehr im Bereich der Pflichtaufgaben. Ich befürchte, dass hierdurch der Bereich der freiwilligen Leistungen, also da wo wir gestalten können, in Zukunft noch begrenzter wird. Das darf nicht passieren!

Defizittreiber sind die Bereiche soziale Sicherung, Jugend und Familie und insbesondere der ÖPNV.

Im Bereich soziale Sicherung haben sich die Aufwendungen seit 2009 etwa verdoppelt, die Erträge sind aber nur um etwa die Hälfte gestiegen. Der Fehlbetrag stieg seit 2018 um etwa 9 Mio. Euro. Im Bereich Jugend und Familie stieg der Fehlbetrag im gleichen Zeitraum sogar um ca. 11 Mio. Euro!

Die erfreulicherweise steigenden Einnahmen aus der Kreisumlage, hier ein Gruß und Dankeschön vor allem an die Gemeinden im nördlichen Kreisgebiet, und die relativ gleichbleibenden nicht zweckgebundenen Schlüsselweisungen können den Anstieg der Aufwendungen nicht auffangen. Das Jahresdefizit steigt entsprechend. Eine Erhöhung der Kreisumlage, die übliche gern geäußerte Forderung, schließen wir aus. Das würde unser Problem nicht lösen.

Die zuständigen Träger, für die wir durchführend tätig sind, müssen vielmehr ihrer Verantwortung gerecht werden. Ebenso das Land, was die nicht zweckgebundenen Zuweisungen angeht. Schauen wir mal, ob die anstehende Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs uns hier eine Entlastung bringt.

Der größte Defizittreiber ist aber der „neue“ Bereich ÖPNV.

Zur Erinnerung: Bis zum letzten Jahr war ÖPNV für den Kreis nur die Schülerbeförderung, also „Schulverkehre“, mit einem Aufwand von zuletzt etwa 7,5 Mio. Euro. Die Erträge, im Wesentlichen der Landeszuschuss, beliefen sich seit Jahren konstant auf ca. 5,6 Mio. Euro. Bei steigenden Aufwendungen stieg der Eigenanteil des Landkreises somit bis auf ca. 2,2 Mio. Euro in 2019. Der Landeszuschuss fiel prozentual gesehen von 82,5 % in 2014 auf 73,5 % in 2019. Auch hier ist „Luft nach oben“ für das Land.

Seit 2020 werden jetzt sukzessive die ÖPNV-Bündel auf die Kostenträgerschaft des Kreises umgestellt. Der ÖPNV ist in 2021 durch Landesgesetz zur Pflichtaufgabe der Kommunen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit geworden.

Dass das im Grunde richtig ist, haben wir in 2021 gesehen, als wir mit 4 Mio. Euro Zuschuss die Rückgabe von durch Busunternehmen eigenbewirtschafteten Linien auffangen mussten. Ohne öffentlichen ÖPNV gäbe es bei uns keinen flächendeckenden ÖPNV mehr!

Die Übernahme in kommunale Hand ist aber wesentlich teurer, als damals geahnt: Ohne die Schulverkehre - auf Basis der Vorjahre – steigt das geplante ÖPNV-Defizit beginnend in 2020 mit 4,5 Mio. Euro auf 8,5 Mio. Euro in 2022 und 11,5 Mio. Euro in 2023. Vereinfacht gesagt entspricht dies ca. 40 % des Haushaltsdefizits in 2022 bzw. 2023. Wenn es nicht gelingt, Einnahmen zu generieren, wird dies in den kommenden 10 Jahren so bleiben bzw. aufgrund von Kostenanpassungen sogar noch steigen. Die Linienbündel sind auf 10 Jahre vergeben, ohne dass wir in der Zeit bei den Kosten wesentlich eingreifen können.

Was tun?

ÖPNV in kommunaler Hand wieder aufzugeben, ist keine Option und das nicht nur, weil es eine Pflichtaufgabe ist. Zum einen haben wir uns auf 10 Jahre vertraglich gebunden. Zum anderen wollen wir eine Angleichung der Lebensverhältnisse auf dem Land an die städtischen. Und dazu gehört Mobilität, ohne auf das Auto angewiesen zu sein zum Beispiel für Senioren und Seniorinnen. Und mit Blick auf den Klimaschutz wollen wir die Verkehrswende voranbringen.

Wir müssen die Busse füllen. Wir bezahlen die gesamte Infrastruktur, egal ob die Busse leer fahren oder ausgelastet sind. Der Eifelkreis zahlt die Busverkehre, nimmt aber keinen direkten Einfluss auf die Preisgestaltung der Fahrkarten durch den VRT. Das muss sich ändern.

Im Zweifel müssen auch nichtkostendeckende Angebote gemacht werden. Jeder Euro Fahrkartenerlös mindert das Defizit um einen Euro. Selbst in Städten wie etwa Trier mit vielen Nutzern je gefahrenem Kilometer ist der ÖPNV nicht kostendeckend zu betreiben.

ÖPNV im Eifelkreis mit vielen gefahrenen Kilometern und relativ dazu deutlich weniger Nutzern oder potentiellen Nutzern ist teuer und wird nie ohne Zuschüsse auskommen. Hier muss das Land, das uns die Pflichtaufgabe übertragen hat, helfen:

Das geplante landesweit gültige 365 Euro-Ticket für junge Leute muss zeitnah umgesetzt werden. Wünschenswert wäre auch eine Erweiterung in Richtung Sozialticket für Einkommensschwache wie es etwa nicht wenige Alleinerziehende oder Rentner mit geringem Einkommen sind. Unter anderem das Saarland bietet diesen Sondertarif an. Das wird aber nicht reichen. Auf Dauer bedarf es eines angemessenen zweckgebundenen Zuschusses.

Um die finanzielle Situation auf der Einnahmenseite zu verbessern, sollte der Kreis grundsätzlich Investitionen in die erneuerbaren Energien in den Blick nehmen. Gerade bei der Photovoltaik oder Windkraft, die ja bekanntlich zur Erreichung der Klimaziele in den nächsten Jahren massiv ausgebaut werden müssen, was nicht überall auf Verständnis stößt, wäre es auch ein wichtiges politisches Zeichen für unsere Bürger, wenn der Kreis sich an Energieerzeugungsanlagen vor Ort beteiligt.

Auf der Aufwandseite bleibt es natürlich bei der Daueraufgabe, nach Einspar- und Optimierungspotential bei der Verwaltung zu suchen. Die Personalkosten bilden hier zwangsläufig die größte Position, der Blick auf Effizienzverbesserung ständiges Thema.

Das Angebot des Landrats zu einem unterjährigen regelmäßigen Austausch in einem Finanzgremium nehmen wir gerne an. Hierdurch wird das Überraschungsei vorhersehbarer. Das Thema der Verwaltungsoptimierung können wir hier sicherlich auch besser besprechen.

Wir stimmen dem Haushaltsentwurf zu.

Vielen Dank.

Ernst Weires

Fraktionssprecher Bündnis 90/Die Grünen

im Kreistag des Eifelkreises Bitburg-Prüm